

**VDS e. V. Postfach 10 41 28, D-44041 Dortmund**

Stadt Mönchengladbach  
Herrn Oberbürgermeister Felix Heinrichs  
Rathausplatz 1  
41061 Mönchengladbach

Dortmund, 2. Mai 2022

### **Offener Brief**

#### **Einführung einer verpflichtenden Gendersprache im amtlichen Schriftverkehr der Stadt Mönchengladbach**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit großer Sorge haben wir vom Verein Deutsche Sprache von der Neufassung Ihrer Allgemeinen Geschäftsweisung erfahren, wonach u. a. im amtlichen Schriftverkehr der Stadt Mönchengladbach die Regeln Ihres Genderleitfadens verpflichtend vorgeschrieben sind. Warum wir dies mit Sorge betrachten, möchte ich gerne erläutern. Bitte gestatten Sie daher, dass ich etwas ausführlicher darauf eingehe.

In jüngerer Zeit haben mehrere Umfragen gezeigt, dass es innerhalb der bundesdeutschen Bevölkerung eine Skepsis gegenüber der Demokratie in unserem Land gibt. So berichtete das Redaktionsnetzwerk Deutschland am 15.12.21 von einer Umfrage der Körber-Stiftung, nach der nur 50 % der Deutschen der Demokratie vertrauen, den Parteien gar nur 20 %. Dass es dafür höchst unterschiedliche Gründe gibt, ist unstrittig. Unstrittig ist sicherlich aber auch, dass ein solcher Verdruss durch behördliche Maßnahmen oder entsprechende Verlautbarungen politischer Institutionen gefördert wird, wenn sie in einem deutlichen Widerspruch zur Mehrheitsmeinung der Bevölkerung stehen. So werden Sie sicher die durch infratest dimap im Zeitraum Mai 2021 durchgeführte Studie kennen, nach der 65 % der Befragten die „Verwendung einer geschlechterneutralen Sprache in Medien und Öffentlichkeit“ ablehnten (Zunahme von 9 Prozentpunkten gegenüber der Befragung vom Mai 2020); nur ergänzend sei eine Umfrage des MDR vom 22.7.21 erwähnt, der gemäß 86 % der Bürger die politische und mediale Diskussion um eine ‚genderneutrale Sprache‘ für „unwichtig“ halten. Wenn zu der frustrierenden Erfahrung eines

gegenüber der Mehrheitsmeinung eklatant abweichenden politischen Verhaltens zusätzlich hinzukommt, dass sich dieses politische Verhalten als moralisch überlegen legitimiert, die Mehrheitsmeinung somit als moralisch fraglich gebrandmarkt fühlen muss, dürfte sehr nachvollziehbar sein, dass hier ein Grund für die ermittelte Demokratieverdrossenheit liegen dürfte.

Die grundsätzliche Sorge, die wir als Verein deutsche Sprache angesichts Ihrer Entscheidung, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, haben, korrespondiert mit der Einsicht der bei uns vereinten Sprachwissenschaftler in die wissenschaftliche Begründbarkeit dieser Entscheidung. Denn die Regeln einer Verwendung u. a. des sog. Gender-Sternchens (z. B. Bürger\*innen), des Gender-Gaps (z. B. Bürger\_innen) oder auch des Binnen-I (z. B. BürgerInnen) stehen in vielfacher Weise in einem Widerspruch zu den sprachwissenschaftlich anerkannten Grundprinzipien der deutschen Grammatik, sie verstoßen auch gegen die Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung (auf bundesdeutscher Seite der KMK verantwortlich). Dessen im Netz leicht abrufbare Stellungnahme zählt auch und selbstverständlich das generische Maskulinum zu den in der Praxis verwendeten Möglichkeiten einer ‚gendergerechten‘ Sprache. Das u. a. auch in Ihrem Leitfaden, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, geforderte sprachliche Verhalten Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter widerspricht den vom Rat für deutsche Rechtschreibung entwickelten Kriterien. Durch ein solches Handeln besteht die Gefahr, dass sich die von mir bereits angesprochene Skepsis gegenüber politischen Institutionen noch verstärkt, da doch der Eindruck erweckt wird, dass die wissenschaftliche Expertise letztlich zugunsten politischer Opportunität aufgegeben wird.

Die Befolgung der einschlägigen Passagen Ihrer Allgemeinen Geschäftsanweisung kann Ihren Mitarbeitern weder verordnet noch zugemutet werden. Wir bieten deshalb Prozesskostenhilfe bei einschlägigen Beschwerden an und fordern alle Mitarbeiter der Stadt Mönchengladbach auf, sich dieser Einschränkung ihrer bürgerlichen Freiheitsrechte zu widersetzen. Außerdem hilft dieser Eingriff den Frauen wenig, schadet jedoch Behinderten und Migranten viel. Deshalb hat etwa die Partei Die Linke den Genderstern und andere grammatikwidrige Sprachhindernisse auf ihren Netzseiten wieder abgeschafft. Der Bundesverband Legasthenie und Dyslexie hat nach Rückmeldungen seiner Mitglieder entscheiden, auf Genderzeichen zu verzichten, da diese laut ihnen das Verständnis von Texten erschweren.

Wir würden uns deshalb freuen, wenn auch Sie der Einsicht folgten, dass die immer noch nicht völlig erreichte Gleichstellung aller Geschlechter besser auf anderen Wegen zu erreichen ist, und verbleiben mit den besten Grüßen,

Ihr



Prof. Dr. Walter Krämer